

Tagungsbericht

Green Economy in Zeiten knapper Kassen

Eine gemeinsame Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. und UnternehmensGrün e.V.

Immer neue Schirme und Schulden statt deren Abbau - die Finanzkrise von Bund, Ländern und Kommunen setzt der Ausweitung öffentlicher Investitionen enge Grenzen. Aus dieser Perspektive behandelten die Heinrich-Böll-Stiftung und UnternehmensGrün auf einer gemeinsamen Tagung, dass es um einen gesellschaftlichen Umbau, um einen Green New Deal, geht.

Danach steht gerade jetzt umweltverträgliches- und Sozialstandards genügendes Wirtschaften auf der Tagesordnung. Welche Spielräume und Erfordernisse sind für einen ökologischen Umbau von Unternehmen und öffentlicher Infrastruktur gegeben? Mit dieser Fragestellung führten Jan-Karsten Meier, Vorstand UnternehmensGrün e.V. und Ute Brümmer, Heinrich-Böll-Stiftung e.V., in die Themen der Tagung ein.



v.l.n.r. Werner Landwehr, Nina Scheer, Kerstin Andreae, Gottfried Härtle

VertreterInnen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik stellten am 24. September in den Räumen der Heinrich-Böll-Stiftung (Berlin) ihre Konzepte, Thesen und Schlussfolgerungen gegenüber den ca. 60 interessierten Teilnehmern zur Diskussion, erläuterten Beispiele für erfolgreiches nachhaltiges Wirtschaften und formulieren Aufgaben für Wirtschaft und Politik.

Prof. Uwe Wagschal, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, stellte in seinem Vortrag „Schuldenabbau und Zukunftsinvestitionen – Welche Spielräume bleiben?“ Wirtschaftswachstum als Maßgabe für Verschuldensabbau voran. Der Verschuldung sei ausgabenseitig über Konsolidierungsstrategien und auf Einnahmenseite über höhere Steuereinnahmen zu begegnen. Aus deutscher Perspektive müsse zudem die Notwendigkeit von Zuwanderung erkannt werden. Nach seiner Analyse haben bei den Wirtschaftsindikatoren Beschäftigungsquote und Wirtschaftswachstum Haushalte mit hoher Konsolidierung mehr Handlungsspielräume. Auf Ausgabenseite sieht Wagschal eine große Herausforderung in dem weiter ansteigenden Medianalter von heute bereits 53 Jahren, wonach sich Investitionen, etwa in Infrastruktur und Bildungsausgaben nur schwer gegen Sozial-, Renten-, Gesundheits- und Pflegeausgaben durchsetzen könnten. Die Korrelation zwischen dem Entwicklungsstand und dessen gleichermaßen hohem Ressourcenverbrauch erfordere, mehr Wirtschaftswachstum unter der Maßgabe von „Green Economy“ bzw. eines ökologischen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft auszugestalten.

Als Vorsitzender der Geschäftsführung des NATURpur Institut für Klima- und Umweltschutz gGmbH ging Matthias W. Send mit seinem Vortrag: „Eine ökologische Wachstumsstrategie: Beispiele für erfolgreiches nachhaltiges Wirt-

schaften, Aufgaben für Wirtschaft und Politik“ auf die Aufgabenfelder des NATURpur Instituts, aber auch - aus der Perspektive des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der HSE Stiftung – auf die Nachhaltigkeitsstrategie des HSE Konzerns ein, der 15 Unternehmen und sechs Geschäftsfelder, u.a. im Energiedienstleistungsbereich zählt. Send benannte die Energiesysteme mit Blick auf die Erfolge des Unternehmens, sowohl über den Bezug von Ökostrom bereits Ende der 90er Jahre, als auch eine Investitionsquote der HSE AG in Erneuerbare Energien von einer Mrd. Euro bis 2015 sowie der Vornahme von Energieeffizienzmaßnahmen zur Kostensenkung, als zentrale Bereiche für die Entwicklung von Green Economy.

Hep Monatszeder, 3. Bürgermeister der Landeshauptstadt München, Bündnis 90/Die Grünen, ging in seinem Vortrag „Kommunale Wege zur Nachhaltigkeit: das Geschäftsmodell Kommune erneuern?“ auf Entwicklungen der Stadt München ein. Hier unterstrich er die herausragende Bedeutung der Bewusstwerdungsebene der Bevölkerung. Die Stadt München achte darauf, Vorbildfunktion auszuüben, sowohl über die Maßgabe des Fair Trade bei der Beschaffung und im Rahmen der Vergabe öffentlicher Aufträge als auch über Energieeinsparung, Energieeffizienzmaßnahmen und den Einsatz Erneuerbarer Energien. Bei einem Altbaubestand von 90 % habe die Stadt München heute bereits 8.000 Wohnungen nach dem neuesten energetischen Stand vorzuweisen. Mit der Einbindung Privater, etwa in Form der sozial gerechten Wohnraumnutzung, SoBoN, wonach bei Wertsteigerungen von Grundstücken Abgaben an die Kommunen zu leisten sind, Sorge München für ein Instrument zur privaten Mitfinanzierung städtebaulicher Planungen. Die Vornahme von Entschuldungen, wenn die Einnahmenseite dies erlaube, habe in München bereits im Jahr 2010 bewirkt, keine neuen Schulden mehr aufzunehmen und die Entschuldung von 2,4 Mrd. auf 2,2 Mrd. zu senken. Dabei unterstrich Monatszeder, dass von der Konsolidierung sowohl der Betrieb von Kindertagesstätten als auch die energetische Sanierung ausgenommen seien. Mit der Rekommunalisierung der Stadtwerke, die einen jährlichen Umsatz von 4,7 Mrd. Euro erwirtschaften, gewährleiste München kommunale Daseinsvorsorge.

Den Vormittag schloss eine rege, von Ute Brümmer geleitete Diskussion mit Teilnehmern der Tagung ab, die erkennen ließ, dass nach deutlicheren Antworten, Konzepten und deren Ver-



Matthias W. Send

bündlichkeit für eine Ökologisierung der Wirtschaft gesucht wird.

Am Nachmittag diskutierten Gottfried Härtle, Vorstand UnternehmenGrün und Inhaber der Brauerei Clemens Härtle (Allgäu), MdB Kerstin Andreae, Bündnis 90/Die Grünen, Wirtschaftspolitische Sprecherin und Werner Landwehr, Leiter GLS Gemeinschaftsbank Berlin über: „Ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft – wie soll das finanziert werden?“, moderiert von Nina Scheer, Geschäftsführerin UnternehmensGrün. Hier wurden sowohl die Energiewende als auch eine deutlichere Einbeziehung von Effizienzmaßnahmen, etwa in Form eines umfassenden Programms zur Gebäudesanierung, so Härtle, als ein unabdingbarer Motor für „Green Economy“ gesehen. Werner Landwehr erörterte die Möglichkeit, Steuerung über nachhaltige Geldanlagen wahrzunehmen und wies auf die gesteigerte Nachfrage nach nachhaltigen Geldanlagen hin.

Kerstin Andreae hob den Bedarf an Konzepten hervor, die eine kontinuierliche Anpassung an den Strukturwandel ermöglichen, um so zu einem umweltverträglichen und soziale Sicherungssysteme enthaltenden Wirtschaftsstandort zu gelangen.

Zum Abschluss der Tagung diskutierte Hanna Gersmann, die tageszeitung (taz), Leiterin Inlandsressort, mit Reinhard Bütikofer, MdB, Die Grünen im Europäischen Parlament, über eine „Europäische Investitionsstrategie für einen Green New Deal“.

Nach Einschätzung Bütikofer bedarf es auch für den Green New Deal des Wachstums. Dem Einwand, dass aber jedes Prozent Wirtschaftswachstum Ressourcen auffresse, somit auch der Green New Deal für Ressourcenverbrauch stünde, begegnete Bütikofer mit dem Hinweis, dass es auch auf die Quantität des Ressourcenverbrauchs ankomme, die im Rahmen des Green New Deals eingegrenzt würde. Darüber hinaus könne mit Recyclingwirtschaft Kreislaufwirtschaft entstehen, die den Ressourcenverbrauch reduziert. Durch den Einsatz von 100 Mrd. seien 20 % an Ressourcen einsparbar. Der Vorhalt des dann einsetzenden Rebound-Effektes sei zwar ein wichtiger Hinweis. Es sei aber zu beobachten, dass sich kulturelle Parameter verschieben, wonach etwa das größte Auto inzwischen nicht mehr das begehrteste sei.

Als Leitlinie für den Green New Deal erläuterte Bütikofer, dass es um die Ökologisierung unterschiedlicher Lebensstile gehen müsse und nicht um die Erzeugung eines Gegensatzes zwischen der ökologischen Transformation und dem Grundbedürfnis, nicht von der Ökodiktatur erfasst zu werden.

UnternehmensGrün-Redaktion
Eine ausführliche Dokumentation
erscheint in Kürze als Broschüre.



Uwe Wagschal



Hanna Gersmann und Reinhard Bütikofer